

Schriftliche Frage Nr. 93 vom 1. Oktober 2020 von Frau Stiel an Herrn Minister Antoniadis zum CommonPass¹

Frage

Das Commons-Project ist eine gemeinnützige öffentliche Stiftung, die Plattformen und digitale Dienste zwecks Sammlung gesundheitsbezogener Menschen anbietet und diese Daten an Institutionen oder Einrichtungen weitergibt.

Diese Stiftung hat nun in Zusammenarbeit mit dem Weltwirtschaftsforum und der Rockefeller-Stiftung den sogenannten CommonPass ins Leben gerufen.

Auf der Homepage des Commons-Project ist zu lesen, dass "das CommonPass-System es Einzelpersonen ermöglicht, auf ihre Laborergebnisse und Impfaufzeichnungen zuzugreifen und sich damit einverstanden zu erklären, dass diese Informationen zur Validierung ihres COVID-Status verwendet werden, ohne dass andere zugrundeliegende persönliche Gesundheitsdaten preisgegeben werden."

Am vergangenen 9. Juli hatten das Commons Project, das Weltwirtschaftsforum und die Rockefeller Foundation mehr als 350 Führungskräfte des öffentlichen und privaten Sektors aus 52 Ländern zusammengerufen, um einen gemeinsamen Rahmen für sichere Grenzen zu entwerfen.

Auf der Webseite des CommonPass ist ebenfalls Folgendes nachzulesen: "Die Länder müssen darauf vertrauen können, dass die Aufzeichnungen eines Reisenden über einen COVID-PCR-Test oder eine Impfung, die in einem anderen Land durchgeführt wurde, gültig sind. Die Länder werden auch die Flexibilität benötigen, ihre Einreisebestimmungen für Gesundheitsscreenings zu aktualisieren, wenn sich die Pandemie weiterentwickelt und die Wissenschaft voranschreitet. Fluggesellschaften, Flughäfen und andere Akteure der Reisebranche werden das Gleiche benötigen."

Wir sehen in einem solchen System eine potentielle Gefahr der totalen Überwachung und der Einschränkung der Reisefreiheit, bis hin zum Impfwang. Hier werden Daten weltweit verteilt und können an den verschiedenen Grenzen abgerufen werden.

Als Gesundheitsminister der DG und Ansprechpartner für Tracing im Rahmen der Covid-19 Krise lauten meine Fragen an Sie wie folgt :

1. Wissen Sie, ob eine belgische Delegation bei dieser Zusammenkunft am 9. Juli vertreten war? Wenn ja, um welche Vertreter handelte es sich konkret?
2. Wie stehen Sie zu dieser Art der Datensammlung und Weitergabe von Informationen?
3. Wie bewerten Sie die Möglichkeit, dass die föderale Regierung bzw. Sciensano die gesundheitsbezogenen Informationen an eine gemeinnützige weltweit agierende Stiftung weitergeben könnte?
4. Sehen Sie hier Parallelen zur Corona-Tracing-App, bzw. kann diese als komplementär gewertet werden?
5. Durch das Ampelsystem wurden Reisen ins Ausland in diesem Sommer nahezu unmöglich. Sieht die Föderalregierung in diesem oder ähnlichen Systemen die Lösung der Grenzsicherung?

Antwort

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist weder zuständig noch beteiligt an diesem Projekt.

¹ Die nachfolgend veröffentlichten Texte entsprechen den hinterlegten Originalfassungen.

1.) Laut Organisatoren nahm keine belgische Delegation an besagter Zusammenkunft vom 9. Juli teil.

5.) Reisen waren während den Sommermonaten, wenn auch nur unter bestimmten, sowohl belgischen (z.B. Reisen in grüne und orange Zonen), als auch ausländischen (z.B. ein negatives COVID-19-Testergebnis), Auflagen erlaubt. Laut Beschreibung zeigt der CommonPass den COVID-19-Gesundheitsstatus (u.a. Coronavirus-Testergebnisse oder eine vorhandene Impfung, etc.) einer Person an.

2.) & 3.) Zielsetzung und Nutzen der genannten Plattform sind mir weder bekannt noch beteiligt sich die Deutschsprachige Gemeinschaft, die für das Kontakt-Tracing zuständig ist, daran.

Die Verwendung der Daten des hiesigen Kontakt-Tracings ist, unter anderem aufgrund der hohen Datenschutzstandards, nicht zugelassen. Jegliche Art der Datensammlung und Informationsweitergabe beruht auf Freiwilligkeit und dient der wissenschaftlichen Forschung.

4) Es gibt keine Parallelen zwischen der Coronalert-App und dem CommonPass Projekt.

Die App ist ein komplementäres Werkzeug zum Kontakt-Tracing. Durch die App werden Kontaktpersonen, die die Indexperson selbst nicht kennt (in der Metro, im Bus, etc.), ermittelt. Außerdem verfügt die App über einen Datenschutzstandard, der höchste, mir bekannte Datenschutzstandard, der für eine Corona-App besteht.

CommonPass ist als weltweit anerkannter Beweis eines sicheren COVID-19-Gesundheitsstatus einer Person (u.a. Coronavirus-Testergebnisse oder eine vorhandene Impfung, etc.) gedacht, um das Reisen zu erleichtern.

Eine Verbindung zur App besteht nicht, da die App keine Daten aufzeichnet, geschweige denn, versendet. Das Kooperationsabkommen zwischen den Teilstaaten und Belgien sieht außerdem explizit vor, dass die App-Nutzung freiwillig ist. Eine Verpflichtung zur Installation und Nutzung wäre für öffentliche Behörden oder private Unternehmen sowie jegliche anderen Akteure verboten. Eine Verpflichtung würde eine Klage nach sich ziehen. Der hohe Datenschutzstandard, der Respekt der Privatsphäre und die rechtliche Absicherung, die wir eingefordert und durchgesetzt haben, steht diametral entgegengesetzt zu den Informationen zum Projekt, das der Fragestellerin bekannt ist.

Ich habe mich mehrfach im Vorfeld der Entwicklung dieser App dafür ausgesprochen, dass die Nutzung freiwillig bleiben muss und die Nicht-Nutzung keineswegs geahndet werden darf. Dies wurde, wie Sie sehen, respektiert.